

Donges, Juergen B.; Juhl, Paulgeorg

**Working Paper — Digitized Version**

## Deutsche Privatinvestitionen im Ausland: Export von Arbeitsplätzen?

Kiel Working Paper, No. 81

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Donges, Juergen B.; Juhl, Paulgeorg (1978) : Deutsche Privatinvestitionen im Ausland: Export von Arbeitsplätzen?, Kiel Working Paper, No. 81, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/46997>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 81

DEUTSCHE PRIVATINVESTITIONEN IM AUSLAND:  
EXPORT VON ARBEITSPLÄTZEN?

von

Juergen B. Donges - Paulgeorg Juhl

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

As 271 79 Weltwirtschaft  
Kiel

Institut für Weltwirtschaft  
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 81

DEUTSCHE PRIVATINVESTITIONEN IM AUSLAND:  
EXPORT VON ARBEITSPLÄTZEN?

VON

Juergen B. Donges - Paulgeorg Juhl

Dezember 1978

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung ist der Autor verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an ihn zu wenden und etwaige Zitate aus seiner Arbeit vorher mit ihm abzustimmen.

ISSN 0342-0787

11  
Weltwirtschaft  
Kiel

DEUTSCHE PRIVATINVESTITIONEN IM AUSLAND:EXPORT VON ARBEITSPLÄTZEN?\*I. Die Kontroverse: Wirtschaftspolitische Hintergrund und gesamtwirtschaftlicher Rahmen

1. Seit geraumer Zeit stehen multinationale Unternehmen aus Industrieländern und die von diesen vorgenommenen Auslandsinvestitionen im Kreuzfeuer der Kritik. In der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland ist dabei in den letzten Jahren die Frage nach den heimischen Beschäftigungswirkungen deutscher Auslandsinvestitionen in den Vordergrund gerückt: Vielfach wird befürchtet, daß Auslandsinvestitionen sowohl heimische (Erweiterungs-)Investitionen als auch traditionelle Exporte ersetzen und damit deutsche Arbeitsplätze vernichten oder doch gefährden. Dieser Sorge wird andererseits das Argument entgegengehalten, daß Auslandsinvestitionen eine unter mehreren Formen des wachstumsnotwendigen Strukturwandels in einer offenen Volkswirtschaft bilden und dazu beitragen, daß der Spielraum für Realeinkommenssteigerungen bei hohem Beschäftigungsgrad größer wird.
2. Die These der Arbeitsplatzvernichtung als Folge von Auslandsinvestitionen wird unter anderem von den Gewerkschaften vertreten<sup>1</sup>. Sie wird unter anderem von Unternehmen und ihren Organisationen bestritten<sup>2</sup>. Die Sorge

---

\* Für wertvolle Hinweise danken wir Ulrich Hiemenz und Klaus-Werner Schatz.

<sup>1</sup> Vgl. HB 19.7.1972; WdA 21.6.1974; HB 20./21.9.1974; SZ 18.2.1976; HB 15.4.1976; WdA 5.11.1976. - Wissenschaftliche Unterstützung findet die These beispielsweise durch Breidenstein 1975, S. 761 et passim; Hölzel 1969, S. 354; Olle/Schoeller 1977, S. 105 ff; Fröbel u.a. 1977, S. 389 ff.

<sup>2</sup> Vgl. BddW 19.9.1974; FAZ 16.10.1974; HB 16.10.1974; BddW 18.10.1974; HB 29.7.1975; HB 24./25.9.1976; DZ 7.1.1977; BddW 2.2.1977; NfA 3.2.1977; HB 13.4.1978; BddW 14.4.1978; WiWo 18.8.1978. - Institut der deutschen Wirtschaft 1978; BHF-Bank 1978; Clauß 1978. Vgl. auch BddW 21.7.1976; BddW 22.7.1976; MfDA Nr. 11/12, 1976. Die Unternehmen und ihre Organisationen befinden sich hierbei in Übereinstimmung mit der Auffassung der Bundesregierung. Vgl. dazu die Nachweise unter Ziffer 23 f. sowie DW 8.2.1975; SZ 18.2.1976; WiWo 18.8.1978.

um die angeblich negativen Beschäftigungswirkungen deutscher Investitionen im Ausland hat im wesentlichen zwei Wurzeln: Erstens verharrt die Arbeitslosenquote auf hohem Niveau, und die sich nunmehr durchsetzenden konjunkturellen Auftriebskräfte werden - allen vorliegenden Prognosen zufolge - nur sehr langsam die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder verbessern. Zweitens ist in der Bundesrepublik, anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien, der langfristige private Kapitalexport bis vor wenigen Jahren deutlich hinter dem Kapitalimport zurückgeblieben.

3. Als sich Mitte der siebziger Jahre ein grundlegender Umschwung im Verhältnis von Kapitalexporten zu -importen abzeichnete, war es daher nicht überraschend<sup>1</sup>, daß auch die deutschen Privatinvestitionen im Ausland in das Schußfeld derjenigen gerieten, die sich in der Öffentlichkeit zum Anwalt derer gemacht haben, die zu Recht oder zu Unrecht um das Fortbestehen ihres Arbeitsplatzes fürchten: So wurde die öffentliche Diskussion um die Beschäftigungswirkungen von Auslandsinvestitionen virulent, als seit 1974 die laufenden Kapitalexporte die Kapitalimporte beständig überstiegen (dies war - mit Ausnahme der Jahre 1969/70 - zuvor stets umgekehrt), und mehr noch, als - nach Maßgabe der amtlichen Statistik - 1976 erstmals der akkumulierte Transferwert privaten Produktivkapitals aus der Bundesrepublik in anderen Industrieländern und in Entwicklungsländern den Bestand ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik überschritt (Tabellen 1 und 2).
4. Sieht man zunächst einmal vom sachlichen Gehalt der beschäftigungspolitisch motivierten Kritik an den Direktinvestitionen im Ausland ab, so erscheint sie schon im Hinblick auf die in Frage stehenden Größenordnungen als überzogen, und zwar schon, wenn man die amtlichen Statistiken zugrundelegt, und erst recht, wenn man diese Statistiken bereinigt (was geboten ist).
5. Denn tatsächlich ist in den Jahren 1974 bis 1977, in denen die Bundesrepublik durchschnittlich Investitionskapital in Höhe von etwa 4 vH der heimischen Bruttoanlageinvestitionen exportiert hat, ausländisches Kapital in einem Umfang zugeflossen, der sich im Durchschnitt auf 2,9 vH der deutschen Bruttoanlageinvestitionen belief. Per saldo ist in diesem Zeitraum also nur Kapital in Höhe von durchschnittlich 1,1 vH der in der Bundesrepublik getätigten Investitionen exportiert worden.

---

<sup>1</sup> Überraschend ist demgegenüber, daß in der wirtschaftspolitischen Diskussion die von der Sache her gebotenen Effizienzerwägungen kaum eine Rolle gespielt haben.

Tabelle 1 - Heimische Kapitalbildung, deutsche Auslandsinvestitionen und Auslandsinvestitionen im Inland;  
 Akkumulierte Werte (in Mrd. DM bzw. in vH)

	(1) Heimische Kapital- bildung <sup>a</sup>	(2) Direktinvestitionen im Ausland <sup>b</sup>		(3) Auslandsinvesti- tionen im Inland (VERSION A) <sup>b,c</sup>		(4) Auslandsinvesti- tionen im Inland (VERSION B) <sup>b,c</sup>		(5) Saldo (VERSION A) (3) - (2)		(6) Saldo (VERSION B) (4) - (2)	
		(2a) abs.	(2b) (2a) in vH von (1)	(3a) abs.	(3b) (3a) in vH von (1)	(4a) abs.	(4b) (4a) in vH von (1)	(5a) (3a)-(2a)	(5b) (3b)-(2b)	(6a) (4a)-(2a)	(6b) (4b)-(2b)
Ende 1969	1169	17,6	1,5	18,9	1,6	32,4	2,8	1,3	0,1	14,8	1,3
1970	1242	21,1	1,7	21,6	1,7	35,1	2,8	0,5	0,0	14,0	1,1
1971	1320	23,8	1,8	25,6	1,9	39,1	3,0	1,8	0,1	15,3	1,2
1972	1396	26,6	1,9	29,2	2,1	42,7	3,1	2,6	0,2	16,1	1,2
1973	1469	32,2	2,2	35,4	2,4	48,9	3,3	3,2	0,2	16,7	1,1
1974	1529	36,8	2,4	39,9	2,6	53,4	3,5	3,1	0,2	16,6	1,1
1975	1583	42,0	2,7	42,5	2,7	56,0	3,5	0,5	0,0	14,0	0,9
1976	ca.1640*	47,0	(2,9)	45,5	(2,8)	59,0	(3,6)	-1,5	(-0,1)	12,0	(0,7)
1977	ca.1700*	52,1	(3,1)	49,3	(2,9)	62,8	(3,7)	-2,8	(-0,2)	10,7	(0,6)

\* Grobe Schätzung anhand der Bruttoanlageinvestitionsentwicklung (Tabelle 3).  
<sup>a</sup> Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1970 (ohne Staat und Wohnungsvermietung). Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Statistisches Jahrbuch 1977, S. 513.  
<sup>b</sup> Akkumulierte Nettotransferwerte nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft (Runderlaß Außenwirtschaft, betr. IV 1, in: Bundesanzeiger, verschied. Jgg.).  
<sup>c</sup> Version A entspricht den Angaben in der offiziellen Statistik; Version B ist bereinigt um die unterschiedliche Akkumulationsdauer (vgl. Anhang 1).

1  
3  
1

Tabelle 2 - Heimische Kapitalbildung, deutsche Auslandsinvestitionen und Auslandsinvestitionen im Inland: Laufende Werte (in Mrd. DM bzw. in vH)

	(1) Heimische Kapitalbil- dung <sup>a</sup>	(2) Direktinvestitionen im Ausland <sup>b</sup>		(3) Auslandsinvestitionen im Inland <sup>b</sup>		(4) Saldo (3) - (2)	
		(2a) abs.	(2b) (2a) in vH von (1)	(3a) abs.	(3b) (3a) in vH von (1)	(4a) (3a) - (2a)	(4b) (3b) - (2b)
1966	66,1	1,7	2,6	2,5*	3,8	0,8	1,2
1967	59,1	2,1	3,6	2,6*	4,4	0,5	0,8
1968	62,0	2,3	3,7	3,5*	5,6	1,2	1,9
1969	77,0	3,3	4,3	2,1	2,7	-1,2	-1,6
1970	98,2	3,5	3,6	2,7	2,7	-0,8	-0,9
1971	111,2	2,7	2,4	4,0	3,6	1,3	1,2
1972	113,7	2,8	2,5	3,7	3,3	0,9	0,8
1973	117,7	5,6	4,8	6,1	5,2	0,5	0,4
1974	111,2	4,6	4,1	4,5	4,0	-0,1	-0,1
1975	115,0	5,2	4,5	2,6	2,3	-2,6	-2,2
1976	127,1	5,0	3,9	3,0	2,4	-2,0	-1,5
1977	139,4	5,1	3,7	3,8	2,7	-1,3	-1,0

\* Bereinigte Werte (geschätzt).

<sup>a</sup> Brutto-Anlageinvestitionen (ohne Staat und Wohnungsbau), nach: Deutsche Bundesbank 1978b, S. 34.

<sup>b</sup> Netto-Bestandsveränderungen nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft (vgl. Tabelle 2, Anm. b) sowie Krägenau 1975, S. 123+139. - Die Unterschiede zu den Daten und Berechnungen der Deutschen Bundesbank (1978b, S. 34) resultieren daraus, daß hier Netto-Bestandsveränderungen, dort aber Brutto-Transferwerte als Basisdaten benutzt werden.

In die gleiche Richtung weist ein Vergleich der amtlich erfaßten Bestandswerte (Version A in Tabelle 2): Hier kam es erst in den Jahren 1976/77 zu einem Nettokapitalexport, der sich zudem mit Werten von 0,1 bis 0,2 vH des heimischen Bruttoanlagevermögens äußerst bescheiden darstellt. Selbst diese Quote ist aber vermutlich noch nach oben verzerrt: Denn bereinigt man den Bestand ausländischer Kapitalanlagen im Inland im Hinblick auf die statistisch unterschiedlich erfaßten Akkumulationsperioden (vgl. Anhang 1), so hat die Bundesrepublik bislang immer noch mehr Kapital importiert als exportiert. Dieser Überhang ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik beläuft sich nach unseren Schätzungen gegenwärtig auf 0,5 bis 1 vH des heimischen Bruttoanlagevermögens oder etwa 20 vH der deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Selbst wenn weiterhin in laufenden Werten per saldo Kapital exportiert wird, dürfte die Bundesrepublik daher aller Voraussicht nach noch für einige Jahre ein Nettokapitalimporteuer bleiben. Unterstellt man nun, daß Investitionen von Inländern im Ausland und von Ausländern in der Bundesrepublik im Durchschnitt ein ähnliches Faktoreinsatzverhältnis von Kapital und Arbeit besitzen<sup>1</sup>, so würde dies entsprechend der Argumentation der beschäftigungspolitisch motivierten Kritik an Auslandsinvestitionen bedeuten, daß die Bundesrepublik bislang mehr Arbeitsplätze importiert als exportiert hat und daß dieses Verhältnis in einigen Jahren ungünstigstenfalls ausgeglichen sein wird. Diese Einschätzung wird auch durch branchenspezifische Analysen gestützt (Kiera 1977b und 1978): So waren bislang Nettokapitalexporteure vor allem die Branchen des tertiären Sektors. Hierbei sind freilich kaum direkte negative Beschäftigungseffekte zu erwarten (Ziffer 14). Dagegen sind die Branchen der Verarbeitenden Industrie, bei deren Auslandsinvestitionen am ehesten direkte negative Rückwirkungen auf die heimische Beschäftigung erwartet werden könnten (vgl. Ziffer 15 ff.), überwiegend Nettokapitalimporteure: Lediglich bei vier Branchen (Chemische Industrie, Fahrzeugbau, HZPP-Industrie und Lederindustrie) mit allerdings erheblichem Gewicht in der Investitionsstatistik konnte für die Jahre 1967-76 ein negativer Kapitalsaldo festgestellt werden.

---

<sup>1</sup> Die Annahme ähnlicher Faktorproportionen erscheint allerdings nur insoweit vertretbar, als auf deutsche Investitionen in anderen Industrieländern abgestellt wird; auf diese entfällt freilich der überwiegende Teil der deutschen Auslandsinvestitionen (vgl. Tabelle 4).



6. Einen etwas differenzierteren Eindruck vermittelt Tabelle 3. Hier werden für das Jahr 1975 die Bestandswerte ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik den Bestandswerten deutscher Direktinvestitionen im Ausland gegenübergestellt. Erfasst sind 21 Branchen oder Branchengruppen der Verarbeitenden Industrie, die in beiden Kapitalstromrichtungen jeweils etwa 85 vH der industriellen und 65 vH der gesamten Investitionen abdecken. Auf der Basis der Sachkapitalintensitäten dieser Branchen in der Bundesrepublik wird dann - unter der Annahme, daß Kapitalimporte und -exporte branchenweise ein ähnliches Faktoreinsatzverhältnis besitzen wie die entsprechenden Branchen in der Bundesrepublik - versucht abzuschätzen, welche fiktiven Beschäftigungsäquivalente den Kapitalströmen zugeordnet werden können (Anhang 2). Aus methodischen Gründen kann diese Berechnung natürlich nur erste und ungefähre Anhaltspunkte liefern.

Für die erfaßten Branchen deuten die Daten jedoch auch hier darauf hin, daß sich "importierte" und "exportierte" Arbeitsplätze mindestens die Waage halten. Berücksichtigt man ferner, daß der amtlich ausgewiesene Bestand ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik für das Jahr 1975 nach unseren Schätzungen um gut 30 vH nach oben zu korrigieren ist - eine sektoral differenzierte Schätzung ist nicht möglich -, so kann dies als weiteres Indiz dafür gelten, daß per saldo positive direkte Beschäftigungswirkungen wahrscheinlicher sind als negative, selbst wenn man unterstellt, daß innerhalb der einzelnen Branchen tendenziell eher arbeitsintensive Aktivitäten "exportiert" und tendenziell eher kapitalintensive Aktivitäten "importiert" werden.

Tabelle 3 - Direktinvestitionen und (fiktive) direkte Beschäftigungseffekte (1975)

Branche	Sachkapitalintensität <sup>a</sup>	Deutsche Investitionen im Ausland <sup>b</sup>	Fiktiver Beschäftigungseffekt <sup>c</sup>	Ausländische Investitionen in der BRD <sup>b</sup>	Fiktiver Beschäftigungseffekt <sup>c</sup>	Saldo der Investitionen <sup>b</sup>	Saldo der fiktiven Beschäftigungseffekte <sup>c</sup>
Chemie	133,2	8.014,5	60,2	3.543,0	26,6	-4.471,5	-33,6
Mineralölverarbeitung	480,1	647,9	1,3	5.917,3	12,3	5.269,4	11,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	57,4	386,1	6,7	1.388,4	24,2	1.002,3	17,5
Leder und Lederwaren	33,8	339,8	10,1	117,5	3,5	-222,3	-6,6
Säge- und Holzbearbeitungswerke, Holzverarbeitung	52,0	254,3	4,9	343,1	6,6	88,8	1,7
Pappeerzeugung und -verarbeitung	92,0	351,1	3,8	436,6	4,7	85,5	0,9
Druckereierzeugnisse und verwandte Industrie	58,8	14,5	0,2	75,0	1,3	60,5	1,1
Textilindustrie	71,1	607,6	8,5	444,2	6,2	-163,4	-2,3
Industrie der Steine und Erden	128,1	404,4	3,2	339,3	2,6	-65,1	-0,6
Feinkeramik, Glas und Glaswaren	55,9	305,4	5,5	203,8	3,6	-101,6	-1,9
Eisen und Stahl	122,6	3.310,2	27,0	2.208,4	18,0	-1.101,8	-9,0
Gießereien	63,9	53,5	0,8	105,2	1,6	51,7	0,8
NE-Metallerzeugung	100,6	389,3	3,9	659,2	6,6	269,9	2,7
ESBM-Industrien u. ä. Musikinstrumente, Sportgeräte und Spielwaren	45,0	448,5	10,0	843,2	18,7	394,7	8,7
Maschinenbau	45,8	3.112,0	67,9	3.804,1	83,1	692,1	15,2
Elektrotechnik und Elektronik	42,5	4.417,8	103,9	3.781,1	89,0	-636,7	-14,9
Wasser- und Luftfahrzeugbau	51,0	166,4	3,3	204,9	4,0	38,5	0,7
Straßenfahrzeugbau	83,0	2.810,6	33,9	2.006,4	24,2	-804,2	-9,7
Stahl- und Leichtmetallbau etc.	32,0	88,8	2,8	318,5	10,0	229,7	7,2
Bekleidungsindustrie	20,8	205,3	9,9	577,5	27,8	372,2	17,9
Feinmechanik, Optik, Uhren und Schmuckwaren	32,7	271,0	8,3	658,1	20,1	387,1	11,8
		26.599,0	376,1	27.974,8	394,7	1.375,8	18,6

<sup>a</sup>In Tsd. DM. - <sup>b</sup>In Mio DM. - <sup>c</sup>In Tsd. Arbeitsplätzen.

Quelle: Juhl 1978a, S. 7f.; Bundesminister für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 12/76 und 13/76, in: Bundesanzeiger, 14.4.1976; eigene Berechnungen (vgl. Anhang 2).

## II. Zum sachlichen Gehalt der Kontroverse

7. Gelegentlich wird behauptet, durch Investitionen im Ausland könnten Inlandsinvestitionen unterbleiben, was zu Lasten des inländischen Beschäftigungsgrades gehen würde.<sup>1</sup> Diese These ist sehr pauschal: Denn der Zusammenhang zwischen Auslands- und Inlandsinvestitionen kann nicht nur substitutional sein, wie dies etwa bei reinen Verlagerungsinvestitionen der Fall wäre; es ist auch möglich, daß gar keine Interdependenzen bestehen (z.B. bei Auslandsinvestitionen, die im Zuge einer Unternehmensdiversifizierungsstrategie vorgenommen werden) oder daß sich beide Investitionsformen sogar komplementär zueinander verhalten (z.B. wenn es sich bei Produktionsanlagen im In- und Ausland um vertikal integrierte Verarbeitungsstufen handelt).
- 8, Wenn man dies in Rechnung stellt, so wird man schon a priori vermuten müssen, daß substitutive Beziehungen zwischen Inlands- und Auslandsinvestitionen nur für einen Teil der deutschen Privatinvestitionen im Ausland charakteristisch sind. Unbestreitbar ist freilich, daß es solche Beziehungen gibt bzw. geben kann. Dafür lassen sich im übrigen gute Gründe anführen. Es sind weithin dieselben Gründe, die für die Verlangsamung ausländischer Neuinvestitionen in der Bundesrepublik maßgebend sind.
9. Wegen ihrer international attraktiven Standortbedingungen war die Bundesrepublik lange Zeit ein bevorzugtes Anlageland für ausländisches und heimisches Privatkapital. Diese Attraktivität wurde im wesentlichen mitbestimmt von
- der bis Ende der sechziger Jahre anhaltenden Unterbewertung der D-Mark,
  - der politischen Stabilität und dem - im Vergleich zu anderen potentiellen Standorten - ruhigen sozialen Klima,
  - der vergleichsweise liberalen Wirtschaftsverfassung in diesem Lande, die dem Spiel der Marktkräfte weiten Raum ließ und die direkte Mitwirkung des Staates lange Zeit auf subsidiäre Maßnahmen beschränkte,

---

<sup>1</sup> Etwa Hölzel 1969, S. 354.

- dem hohen Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften (EG) und der Möglichkeit, die von der EG gegenüber Drittländern unterhaltenen Importzölle umgehen zu können.

10. Seit Ende der sechziger Jahre sind einige Standortvorteile der Bundesrepublik einem Erosionsprozeß unterworfen. Maßgebend hierbei sind die Entwicklung der Wechselkurse und der Reallöhne sowie ein zunehmender Staatseinfluß und Unsicherheiten über künftige Investitionschancen.

(a) Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen war verbunden mit einem bis heute nur gelegentlich unterbrochenen Anstieg des Außenwertes der D-Mark. In den letzten zehn Jahren ist der Preis der D-Mark in fremden Währungen sogar stärker gestiegen, als es nach Maßgabe der unterschiedlich hohen Inflationsraten zu erwarten wäre: So betrug nach Angaben der Deutschen Bundesbank (1978a, S. 50) bei einer nominalen Aufwertung der D-Mark von ca. 50 vH gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner zwischen Ende 1972 und Ende 1977 die reale Aufwertung etwa 10 vH; und nach Berechnungen des Sachverständigenrates (1977, S. 134), die die relativen Veränderungen der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik und in einer Gruppe von 14 wichtigen westlichen Industrieländern berücksichtigen, stieg der reale Außenwert der D-Mark zwischen Ende 1969 und Ende 1977 um über 10 vH<sup>1</sup>. Die Wechselkursentwicklung hat dazu geführt, daß es für ausländische Unternehmen sowohl im intertemporalen als auch im internationalen Vergleich relativ teurer geworden ist, in der Bundesrepublik zu investieren, und umgekehrt für deutsche Investoren relativ billiger, sich mit Anlagen im Ausland zu engagieren. Diejenigen Unternehmen, die von einem Standort in der Bundesrepublik aus den europäischen Markt zu beliefern planen, müssen jetzt befürchten, daß die reale Aufwertung der D-Mark nicht nur die Investition selbst liquiditäts- und rentabilitätsmäßig erschwert, sondern darüber hinaus auch das eigentliche

---

<sup>1</sup> Eine alternative Berechnung des Sachverständigenrats (ebda.) auf Exportpreisbasis zeigt, daß die reale Bewertung der D-Mark nach einer Spitze in 1973 im Jahre 1974 wieder auf das Niveau von 1970 gefallen ist und seither auf diesem Niveau stagniert. Dies spiegelt zugleich wider, daß die Exportpreispolitik der deutschen Unternehmen deutlich zurückhaltend war und zu Lasten der Gewinne ging. Die Entwicklung der Ausfuhrpreise in D-Mark lag spürbar unter der Entwicklung der heimischen Abgabepreise (vgl. Deutsche Bundesbank 1978a, S. 34).

Investitionsziel in Frage stellt, da sie den geplanten Export eher hemmt als fördert.

- (b) Die Erlös-Kosten-Relationen haben sich in der Bundesrepublik verschlechtert, nachdem die Löhne und Lohnnebenkosten in den letzten Jahren kräftig - international gesehen auf eine Spitzenposition - gestiegen sind. Zwar waren die hohen Lohnsteigerungsraten vor allem zu Beginn der siebziger Jahre auch das Resultat stark verunsicherter Inflationserwartungen, mit denen die seinerzeitigen Unstetigkeiten der deutschen Geldpolitik bezahlt werden mußten. Die bewirkte Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmerereinkommen entsprach aber auch einer veränderten lohnpolitischen Strategie der Gewerkschaften, die auf eine anhaltende Erhöhung der Lohnquote abzielt<sup>1</sup> und dieses Ziel auch mittels einer größeren Streikbereitschaft durchzusetzen sucht. Hinzu kommen sozialpolitisch motivierte Bemühungen der Einkommensnivellierung bei den Arbeitnehmern selbst ("Sockelbetrags-Strategie"), die zur Folge haben kann, daß die Leistungsbereitschaft derjenigen Arbeitnehmer sinkt, deren relative Einkommensposition sich verschlechtert.
- (c) Gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren hat der Staat die Entfaltungs- und Entscheidungsfreiräume der privaten Investoren fühlbar eingeengt: Zum einen tritt er in stärkerem Maße als Investor, als Anbieter von Gütern und Dienstleistungen und als Nachfrager von Arbeitskräften auch in solchen Bereichen auf, in denen einzelwirtschaftliche Aktivitäten sozial produktiv erfolgen könnten; die erforderliche Finanzierung wirkt sich nachteilig auf Rentabilität (im Falle von Steuern) und Liquidität (bei Verschuldung auf dem Kapitalmarkt) der privaten Unternehmen aus. Zum anderen greift der Staat zunehmend auf dem Gesetzes- und Verordnungswege - und damit auch über die Rechtsprechung - in die Dis-

---

<sup>1</sup> Die Lohnquote ist seit 1970 (lediglich mit Ausnahme des Jahres 1976) stetig gestiegen, und zwar von 67,8 vH 1970 auf 72,1 vH 1977 (Schätzung) in tatsächlichen Werten und bereinigt um die Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen von 62,7 vH auf 65,2 vH (Schätzung). Eine ähnliche Entwicklung zeigt die vom Sachverständigenrat so bezeichnete Reallohnposition, die eine Maßzahl darstellt, an deren Veränderungen sich ablesen läßt, ob Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen realen Durchschnittslohns kostenniveauneutral gewirkt haben: Die Reallohnposition der Arbeitnehmer hat sich zwischen 1970 und 1977 im Durchschnitt jährlich um mehr als 1 vH erhöht; dabei ist auch die etwas deutlichere Korrektur der Verteilungsrelationen im Jahre 1976 berücksichtigt. Vgl. dazu Sachverständigenrat 1977, S. 80 f., 214.

positionsfreiheit der privaten Unternehmen ein (z.B. die langwierigen Genehmigungsverfahren insbesondere im Zusammenhang mit großindustriellen Anlagen, einige Elemente der Umweltschutzgesetzgebung und vielleicht auch die Einführung der erweiterten Mitbestimmung<sup>1</sup>).

- (d) Die künftigen Investitionschancen in diesem Lande sind ungewisser geworden<sup>2</sup>, seitdem die Bundesrepublik in die Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung vorgestoßen ist. Während der industrielle Sektor bis etwa 1970 im Vergleich zu anderen Industrieländern überdurchschnittlich expandiert hatte, ist sein Anteil an der inländischen Wertschöpfung und die absolute Zahl der in diesem Sektor bereitgestellten Arbeitsplätze seitdem ständig gesunken. Die Anpassung an den damit eingeleiteten Strukturwandel setzt voraus, daß Investoren, die in der Bundesrepublik tätig sind oder tätig werden wollen, begründete und hinreichend detaillierte Vorstellungen über Richtung und Ausmaß dieses Strukturwandels entwickeln (Fels 1976): Dies ist noch am ehesten in bezug auf solche Branchen möglich, die sehr lohnintensiv und mit (inzwischen) standardisierten Technologien produzieren und zumindest relativ schrumpfen werden. Die Importkonkurrenz aus weniger entwickelten Ländern als auch die (bekannten) Schwerpunkte der Industrialisierungsbemühungen dieser Länder liefern wertvolle Orientierungsdaten. Weitaus schwieriger ist demgegenüber die Identifikation von Branchen, die das künftige wirtschaftliche Wachstum tragen könnten und in denen infolgedessen jetzt getätigte Investitionen günstige Ertragserwartungen begründen. Denn da die Bundesrepublik inzwischen in vielen Bereichen an die Spitze der technologischen Entwicklung vorgerückt ist, ist es nicht mehr in so starkem Maße wie früher möglich, anderswo erzielte technologische Fortschritte auf den deutschen Markt zu übertragen und hier zu relativ niedrigen Grenzkosten auszuwerten. Die Bundesrepublik hat deshalb nicht nur für ausländische Investoren an Attraktivität als Produktionsstandort eingebüßt; auch für deutsche Unternehmen ist es angesichts dieser Entwicklung häufig interessanter geworden, in der Bundesrepublik bewährte und standardisierte Produktionsprozesse und Produkte auf ausländischen Märkten zu relativ niedrigen Grenzkosten

---

<sup>1</sup> Die Kritik ausländischer Investoren in der Bundesrepublik hat sich darauf in besonderem Maße bezogen. Vgl. dazu aus schweizerischer Sicht NZZ 5.5.1974; HB 6.5.1974; und aus amerikanischer Sicht WiWo 30.5.1975; FAZ 5.9.1974; HB 5.9.1974; BddW 22.1.1977.

<sup>2</sup> Dies wäre tragbar, wenn die gestiegenen Investitionsrisiken durch entsprechende Risikoprämien kompensiert werden könnten. Angesichts der beobachteten Gewinnkompression wird aber offenbar häufig nicht erwartet, solche zusätzlichen Prämien am Markt durchsetzen zu können.

nochmals zu verwerten, als durch Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen am traditionellen Standort Produktionsprozeß und -sortiment an die sich wandelnden Verhältnisse - am besten vorausgreifend - anzupassen. Denn bei aller Bereitschaft zu Forschungsinvestitionen und aller Fähigkeit zu Pionierleistungen ist es häufig doch attraktiver, den Standort zu wechseln, als eine mit hoher Erfolgsunsicherheit behaftete Prozeß- oder Produktinnovation durchzuführen. Während bei einer Standortinnovation das vorhandene Humankapital nochmals verwertet werden kann, muß es bei einer Prozeß- oder Produktinnovation häufig ganz oder doch teilweise abgeschrieben werden.

11. Angesichts dieser Entwicklungen in den für die Investoren relevanten Rahmenbedingungen besteht Grund für die Vermutung, daß in Folge von Auslandsinvestitionen Inlandsinvestitionen unterbleiben könnten. Dennoch ist die beschäftigungspolitisch motivierte Kritik an Auslandsinvestitionen, die sich auf diesen Zusammenhang bezieht, in der von den Verfechtern vorgetragene Form relativierungsbedürftig: Denn die Bedeutung dieser substitutiven Effekte im Hinblick auf die heimische Beschäftigung hängt davon ab, welches Gewicht substitutiven insbesondere im Vergleich zu komplementären Zusammenhängen zukommt.
12. Eine Aufspaltung der Direktinvestitionen im Ausland in solche mit substitutiven und solche mit komplementären Effekten auf die heimischen Bruttoanlageinvestitionen ist auf der derzeit verfügbaren empirischen Basis nicht möglich. Es gibt daher auch kaum empirische Studien, anhand derer hinreichend fundiert entschieden werden könnte, ob per saldo substitutive oder komplementäre Effekte überwiegen. Mit allen Vorbehalten lassen sich jedoch die bislang vorliegenden Erkenntnisse<sup>1</sup> dahingehend interpretieren, daß - sofern überhaupt Interdependenzen vorliegen - per saldo eher komplementäre denn substitutive Zusammenhänge wahrscheinlich sind.
13. Aber selbst wenn man unterstellt, die deutschen Auslandsinvestitionen wirkten insgesamt substitutiv, so kommt der These einer Substitution von Inlands- durch Auslandsinvestitionen doch schon im Hinblick auf die immer

---

<sup>1</sup> Bergmann/Grundmann 1978, S. 98 ff.

noch geringe quantitative Bedeutung deutscher Direktinvestitionen im Ausland - bezogen auf die heimische Kapitalbildung - wenig Gewicht zu. Wie die Daten in Tabellen 1 und 2 zeigen, ist der Anteil der Direktinvestitionen im Ausland an der heimischen Kapitalbildung in den letzten Jahren zwar tendenziell gestiegen; er ist aber mit einer Rate von 2,5 bis 3 vH bei den Bestandswerten und einer Rate von 3,5 bis 4,5 vH bei den laufenden Werten immer noch zu gering, als daß gesagt werden könnte, das Auslandsengagement deutscher Investoren begrenze die heimische Kapitalbildung im Hinblick auf den Finanzierungsrahmen<sup>1</sup>. Dies gilt umso mehr, als angesichts des in der Bundesrepublik relativ reichlich vorhandenen Finanzkapitals dessen Umsetzung in gegenwärtig relativ knappes Risikokapital keine Frage unzureichender Finanzierungsfazilitäten ist, sondern in der für viele Investoren unbefriedigenden Attraktivität von Realkapitalinvestitionen begründet liegt.

14. Eine größere Bedeutung als die These, Auslandsinvestitionen würden heimische Investitionen ersetzen, hat in der öffentlichen Diskussion die These gehabt, Auslandsinvestitionen substituieren deutsche Exporte und vernichten auf diese Weise tendenziell heimische Arbeitsplätze. Freilich zeigt schon die konventionelle Disaggregation deutscher Auslandsinvestitionen auf die drei großen Wirtschaftsbereiche (primär, sekundär, tertiär), daß exporteretzende und daraus resultierende negative Beschäftigungseffekte bei etwa 30 vH der Direktinvestitionen von vornherein weitgehend ausgeschlossen werden können.

(a) Ausklammern lassen sich vermutlich Investitionen im Rohstoffbereich, die der Erschließung von Rohstoffquellen und der Sicherung der Rohstoffversorgung deutscher Nachfrager dienen ("beschaffungsorientierte Direktinvestitionen"). Der Anteil dieser Investitionen, auf die Ende 1977 mit 4,6 Mrd. DM knapp 9 vH der deutschen Auslandsinvestitionen entfielen (Tabelle 4), ist zwar seit Beginn der siebziger Jahre leicht gestiegen. Doch liegt selbst die gegenwärtige Rate noch weit unter dem Anteil, der in vergleichbaren rohstoffarmen Kapitalexportländern auf Auslandsinvestitionen im primären Sektor entfällt. Das niedrige Ausgangsniveau dieser

---

<sup>1</sup> So etwa Seitenzahl 1969, S. 349 f.



Rate und ihr geringer Anstieg seit Beginn der siebziger Jahre waren sicherlich mit beeinflusst von der bis damals vorherrschenden Unterbewertung der D-Mark und dem Protektionsgefälle zwischen verarbeiteten und nichtverarbeiteten Einfuhren: Diese Faktoren machten es in vielen Fällen aus mikroökonomischer Sicht attraktiver, Rohstoffe einzuführen und selbst erste Verarbeitungsprozesse in der Bundesrepublik zu lokalisieren, anstatt Rohstoffe dort zu verarbeiten, wo sie gewonnen werden, und dann in verarbeiteter Form zu importieren. Die Änderung der Wechselkursrelationen und die schrittweise Reduzierung des Importprotektionsniveaus haben die künstlichen Standortvorteile der Rohstoffverarbeitung in der Bundesrepublik vermindert. Hinzu kommt, daß einige rohstoffexportierende Länder mehr und mehr dazu übergehen, den Rohstoffexport administrativ zu hemmen und stattdessen die Verarbeitung im eigenen Land sowie die Ausfuhr verarbeiteter Produkte zu fördern. Die daraus resultierende Verlagerung einzelner Produktionsstufen mag gelegentlich zur Umschichtung oder Freisetzung von Arbeitskräften geführt haben; solche zuvor durch künstliche Standortvorteile erhaltenen Arbeitsplätze waren gesamtwirtschaftlich aber ohnehin ineffizient und hätten nur unter Inkaufnahme fortwährender volkswirtschaftlicher Wohlfahrtsverluste beibehalten werden können. Angesichts der geringen Bedeutung der Bundesrepublik als Rohstoffproduzent bzw. -exporteur ist es insgesamt freilich kaum denkbar, daß Direktinvestitionen, die der Erschließung von Rohstoffquellen und der Sicherung der Rohstoffversorgung dienen, negative heimische Beschäftigungseffekte haben könnten. Solche Investitionen tragen im Gegenteil tendenziell eher zur Sicherung und Expansion heimischer Arbeitsplätze in denjenigen Bereichen bei, die importierte Rohstoffe (weiter)verarbeiten, vermarkten oder in anderer Weise am Produktions- und Distributionsprozeß beteiligt sind.

- (b) Ebenfalls auszuklammern sind Investitionen im tertiären Sektor, auf die Ende 1977 mit 11,8 Mrd. DM mehr als 22 vH der deutschen Auslandsinvestitionen entfielen. Diese Investitionen erstrecken sich vor allem auf die Kredit- und Versicherungswirtschaft, auf das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, auf den Erwerb von Grundstücken und Wohnungen sowie auf den Handel. Hierbei handelt es sich im Hinblick auf die heimischen Exporte und die inländischen Arbeitsplätze teils um komplementäre, teils um wirkungsneutrale Investitionen.

Tabelle 4 - Regionale und branchenmäßige Gliederung deutscher Direktinvestitionen im Ausland 1971, 1974 und 1977 (jeweils zum Jahresende, in Mio. DM)

	1971		1974		1977	
	Industrielländer	Entwicklungsländer	Industrielländer	Entwicklungsländer	Industrielländer	Entwicklungsländer
1. Insgesamt	17.102,2	6.678,2	25.959,7	10.800,3	36.383,3	15.725,2
2. Regionale Gliederung: Die fünf wichtigsten Anlageländer	Belgien, Luxemburg	Brasilien	Frankreich	Spanien <sup>a</sup>	USA	Brasilien
	15,7	24,7	14,9	31,5	18,4	25,7
	Schweiz	Spanien <sup>a</sup>	Schweiz	Brasilien	Belgien, Luxemburg	Spanien <sup>a</sup>
	15,3	20,7	14,9	22,5	14,2	24,1
	Frankreich	Argentinien	Belgien, Luxemburg		Frankreich	Ndl. Ant.
	12,8	7,3	14,1		14,0	6,3
	USA	Libyen	USA	Ndl. Ant.	Schweiz	
	12,3	6,7	13,4	5,8	13,1	
	Kanada	Ndl. Ant.	Kanada	Argentinien	Kanada	Mexiko
	11,4	6,0	10,2	5,2	9,8	4,7
				Mexiko		Israel
				4,1		3,8
3. Sektorale Gliederung (vH):						
3.1. Primärer Sektor	7,7	9,7	6,0	5,5	9,1	8,3
3.2. Sekundärer Sektor	77,3	73,3	75,2	62,0	70,8	63,3
Darunter die fünf wichtigsten Anlagebranchen	Chemie	Chemie	Chemie	Chemie	Chemie	Chemie
	24,0	20,7	20,7	16,8	18,7	16,4
	Elektro- technik	Straßenfahr- zeugbau	Elektro- technik	Straßenfahr- zeugbau	Elektro- technik	Elektro- technik
	12,1	12,7	11,3	9,8	10,7	11,1
	Straßenfahr- zeugbau	Elektro- technik	Eisen und Stahl	Elektro- technik	Eisen und Stahl	Straßenfahr- zeugbau
	7,7	10,4	9,3	8,7	9,3	9,0
	Maschinen- bau	Maschinen- bau	Maschinen- bau	Maschinen- bau	Maschinen- bau	Maschinen- bau
	7,1	7,4	7,8	6,0	8,1	6,9
	Eisen und Stahl	Eisen und Stahl	Straßenfahr- zeugbau	Eisen und Stahl	Straßenfahr- zeugbau	Eisen und Stahl
	6,1	6,0	6,1	4,5	5,3	4,4
3.3. Tertiärer Sektor	15,0	17,0	18,8	32,5	20,1	28,4

<sup>a</sup> Spanien einschließlich Kanarische Inseln.

Quelle: Bundesminister für Wirtschaft, Runderlaß Außenwirtschaft betr. IV 1: Vermögensanlagen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten, "Bundesanzeiger", versch. Jgg.

Als wirkungsneutral betrachten wir solche Investitionen im Dienstleistungssektor, die auf das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie auf den Erwerb von Grundstücken und Wohnungen entfallen. Denn von substitutiven Effekten könnte in diesem Zusammenhang nur gesprochen werden, wenn diese Investitionen statt im Ausland im Inland getätigt würden: Das freilich würde voraussetzen, daß das Investitionskapital im Blick auf mögliche Anlageentscheidungen strikt sektorspezifisch ist, und es würde überdies nur unter der Fiktion einer - auch in bezug auf Urlaubsreisen - geschlossenen Wirtschaft haltbar sein. Berücksichtigt man ferner, daß gerade der Sektor "Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe" in der Bundesrepublik durch eine relativ hohe Zahl offener Stellen und einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil an der Beschäftigung charakterisiert ist, so erscheint die These der Vernichtung von heimischen Arbeitsplätzen durch Auslandsinvestitionen jedenfalls unter den vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen (offene Wirtschaft) für die genannten Branchen nicht relevant.

Komplementär zu deutschen Exporten - und somit beschäftigungssichernd, wenn nicht gar beschäftigungsstimulierend - sind Auslandsinvestitionen im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Handel: Während Auslandsinvestitionen im Handelsbereich häufig eine Voraussetzung dafür sind, daß Exportmärkte überhaupt erschlossen oder ausgeweitet werden können (Aufbau von Distributions- und Servicenetzen etc.), dürften Investitionen in der Kredit- und Versicherungswirtschaft im Ausland exportbegleitend und -stützend und insofern auch unverzichtbar für deutsche Exporteure sein<sup>1</sup>, jedenfalls dann, wenn es sich um langfristige und im Blick auf den Umfang der Transaktionen intensive Handelsbeziehungen handelt.

15. Damit verbleiben die industriellen Auslandsinvestitionen mit einem Anteil von etwa 68,5 vH an den gesamten deutschen Direktinvestitionen als potentielles Angriffsziel der These, im Ausland engagierte deutsche Investoren würden mit dem Kapital zugleich auch Arbeitsplätze exportieren. Auch hier muß freilich differenziert werden, und zwar nicht nur nach Branchen, sondern insbesondere auch nach den die Investition leitenden Motiven.<sup>2</sup> Hier sind vor allem zwei Motivgruppen relevant:

---

<sup>1</sup> Vgl. auch Kiera 1976, S. 201.

<sup>2</sup> Die hier unterschiedenen Motive werden in der Regel gemeinsam, nur mit je unterschiedlichem Gewicht auftreten. Langfristig gesehen sind beide Motive Ausdrucksformen des grundlegenden unternehmerischen Gewinnziels.

- Durch die Vornahme von Auslandsinvestitionen sollen bestehende Absatzmärkte gesichert und ausgeweitet werden oder neue Märkte erschlossen werden ("absatzorientierte Auslandsinvestitionen").
- Die Auslandsinvestition ist als Standortinnovation konzipiert mit dem Ziel, die Produktion unter Wahrung der bisherigen Produktionstechnik und/oder Produktpalette an einen international wettbewerbsfähigeren Standort zu verlagern, nachdem der Standort Bundesrepublik seine komparativen Kostenvorteile eingebüßt hat ("kostenorientierte Auslandsinvestition").

16. Die "absatzorientierten Auslandsinvestitionen" haben in der Regel das weitaus größere Gewicht. Einschlägige Unternehmensbefragungen zeigen, daß bei der Vornahme von Auslandsinvestitionen das Absatzmotiv dominiert<sup>1</sup>. Dafür sind vor allem folgende Gründe ausschlaggebend:

- (a) Große Absatzmärkte im Ausland, namentlich in Industrieländern, die annähernd oder gar mehrfach so groß sind wie der deutsche Markt, lassen sich auf Dauer nicht allein durch Exporte bedienen. Viele Unternehmen, die sich zunächst durch Exporte Marktanteile auf großen Auslandsmärkten errungen haben, machen die Erfahrung, daß ab einem bestimmten unternehmensspezifischen Entwicklungsstand Marktanteile langfristig nicht gehalten oder gar ausgeweitet werden können, wenn der Schritt vom Export zur Auslandsproduktion nicht gewagt wird. Die Notwendigkeiten marktnaher Produktion, der Verkürzung von Transportwegen, des Aufbaues wettbewerbsfähiger Servicenetze u.a.m. lassen Unternehmen, die sich nicht zu einem Kapitalengagement in dem betreffenden Land entschließen können, gegenüber ihren Konkurrenten häufig ins Hintertreffen geraten. Dazu kommt noch, daß öffentliche Aufträge aus beschäftigungspolitischen Gründen in vielen Ländern bevorzugt an solche Unternehmen vergeben werden, die die geordnete Produktion im Land des Auftraggebers selbst erstellen. Und schließlich scheuen auch große, entwickelte Länder nicht davor zurück, Nachfragerpräferenzen für heimische Produkte politisch zu verstärken ("buy British", "buy American").

---

<sup>1</sup> Vgl. Baumann 1977; Baumann u.a. 1977, S. 190 ff., S. 210 ff.; Halbach 1976a und 1976b; Jungnickel u.a. 1977, S. 60 ff.; Steinmann u.a. 1977.

(b) Absatzorientierte Investitionen in Entwicklungsländer erweisen sich darüber hinaus oft als unumgänglich, weil diese Länder häufig ihre Industrialisierung binnenmarktorientiert vorantreiben und dabei rigorose Einfuhrbeschränkungen erlassen, um bisherige Importe durch heimische Produktion zu substituieren<sup>1</sup>. Auch deutsche Exporteure, die auf den in diesen Fällen durch Einfuhrbeschränkungen vor Importkonkurrenz geschützten Inlandsmarkt nicht verzichten wollen, sehen sich deshalb nicht selten veranlaßt, den bisherigen Warenexport durch den Export von Kapital zu ergänzen oder abzulösen und den dortigen Markt (auch) durch im Land selbst produzierte Waren zu bedienen<sup>2</sup>.

17. Unter den gegebenen Verhältnissen stellt demnach die Entscheidung für eine (absatzorientierte) Direktinvestition im Ausland keine willkürliche Wahl des deutschen Unternehmens über den Modus der Erschließung, Erhaltung, Sicherung oder Ausweitung von Absatzmärkten dar, sondern ist Ausdruck des Wunsches, auf den betreffenden Absatzmarkt nicht verzichten zu wollen. Nicht zwischen "Exportieren" und "Investieren" besteht also Entscheidungsfreiheit, sondern zwischen "Investieren" und "Nicht-Investieren", wobei der Verzicht auf Investitionen weitgehend den Verzicht auf den jeweiligen Absatzmarkt impliziert. Die Möglichkeit, diesen Markt durch Exporte zu bedienen, ist - wenigstens auf Dauer bzw. im gewünschten Umfang - nicht gegeben. Es läßt sich nicht bestreiten, daß eine durch solche Konstellationen geprägte Unternehmensstrategie dazu führen kann, daß bestimmte heimische Arbeitsplätze vernichtet oder daß Arbeitsplätze, die bei der Ausweitung der Exportaktivitäten neu geschaffen werden könnten, nun nicht bereitgestellt werden. Dies kann freilich nicht den Investitionen im Ausland zugerechnet werden. Unter den gegebenen Bedingungen sind die betroffenen Arbeitsplätze faktisch oder potentiell ohnehin obsolet.

---

<sup>1</sup> Vgl. Agarwal u.a. 1975; Donges / Müller-Ohlsen 1978.

<sup>2</sup> Wenn Entwicklungsländer geraten wird, ihre Industrialisierung in Form von Importsubstitution fortzusetzen, wie es häufig geschieht, so ist das aus der Sicht von bestimmten Interessengruppen in der Bundesrepublik zwar verständlich, weil bei Befolgung dieses Rates deutsche Arbeitsplätze einen geringeren Konkurrenzdruck aus Entwicklungsländern zu bewältigen haben. Doch gleichzeitig werden deutsche Exportunternehmen stimuliert, die Kapitalausfuhr in solche Länder noch zu verstärken, was in den gleichen Kreisen als Export von Arbeitsplätzen gebrandmarkt wird.

18. Andererseits beziehen ausländische Produktionsniederlassungen häufig Vorleistungen aus der Bundesrepublik (von der Muttergesellschaft selbst, von deren Lieferanten von Vorprodukten und Ausrüstungsgütern, von anderen Investitionsgüterproduzenten etc.), so daß auf diese Weise Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gesichert oder neu geschaffen werden. Diese Arbeitsplätze werden zwar gelegentlich in anderen Unternehmen oder gar Branchen angesiedelt sein als die zunächst "vernichteten" Beschäftigungsmöglichkeiten und daher den betroffenen Arbeitnehmern berufliche Flexibilität und/oder räumliche Mobilität abverlangen - wie dies bei jeder Form wachstumsnotwendigen Strukturwandels der Fall ist. Der Vorleistungsbezug der Auslandsniederlassungen gleicht die "verlorenen" Exporte und die davon betroffenen Arbeitsplätze zu einem Großteil aber wieder aus, auch auf Branchenebene. In fast allen Branchen sind Direktinvestitionen und Warenexporte positiv korreliert<sup>1</sup>, und zwar auch in Branchen wie den Textil- und Bekleidungsindustrien, die nach eigenem Bekunden eher mit exporteretzenden Wirkungen rechnen; lediglich für den ohnehin exportstarken Kraftfahrzeugbau scheinen insgesamt substitutive Effekte zu dominieren.
19. Im Zusammenhang mit privaten Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern ergeben sich darüber hinaus in der Bundesrepublik arbeitsplatz-erhaltende bzw. -schaffende Wirkungen zunächst einmal dadurch, daß Investitionen häufig mit der Lieferung von Produktionsanlagen verbunden sind. Dies hat schon kurzfristig einen positiven heimischen Beschäftigungseffekt. Mittel- und längerfristig bedeutsam ist, daß deutsche (wie auch andere ausländische) Direktinvestitionen in Entwicklungsländern dazu beitragen können, dort reichlich vorhandene Arbeitskräfte, die sonst arbeitslos blieben, in den Produktionsprozeß einzugliedern, deren Produktivität zu erhöhen und inländisches Führungspersonal zu mobilisieren. Wenn es auf diese Weise gelingt, den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung in der Dritten Welt zu beschleunigen, wird auch die Nachfrage nach importierten Gütern anhalten und expandieren, dabei sicher auch die Nachfrage nach deutschen Waren.

---

<sup>1</sup> Vgl. Baumann u.a. 1977; Kiera 1977a; Bergmann/Grundmann 1978, S. 104 ff.. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß noch vor einigen Jahren von gewerkschaftlicher Seite Auslandsinvestitionen wegen ihres exportfördernden Effekts kritisiert worden sind (vgl. Seitenzahl 1969, S. 350, 352; Hölzel 1969).

20. Im Vergleich zu den absatzorientierten Direktinvestitionen ist der Anteil rein kostenorientierten Verlagerungsinvestitionen ("Standortinnovationen") am gesamten deutschen Auslandsengagement noch relativ gering, obwohl sicherlich Kostenerwägungen die absatzpolitisch motivierte Entscheidung für die Vornahme von Auslandsinvestitionen häufig erleichtern und unterstützen. Das Gewicht kostenorientierter Verlagerungsinvestitionen scheint aber in den letzten Jahren zugenommen zu haben<sup>1</sup> und dürfte auch in Zukunft steigen. Die Bedeutung dieser Investitionsmotive ist invers korreliert mit dem Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik als industriellem Standort<sup>2</sup>. Diejenigen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik, die durch solche Investitionen betroffen werden, sind in der Regel hier nicht mehr wettbewerbsfähig. Würden nämlich Unternehmen, die unter dem Druck gestiegener Kosten hier nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können, bei gleichbleibendem Sortiment dennoch hier produzieren wollen, statt ihre Produktion an kostengünstigere Standorte zu verlagern, so würden sie durch die Importkonkurrenz aus wettbewerbsfähigen Standorten über kurz oder lang vom Markt verdrängt. Die von diesen Unternehmen bereitgestellten Arbeitsplätze würden daher auch in diesem Fall, allenfalls mit einer zeitlichen Verzögerung, vernichtet<sup>3</sup>. Zusätzlich entfielen dann vielleicht aber diejenigen Arbeitsplätze, die bei einer rechtzeitigen Produktionsverlagerung dank der Vorleistungsverflechtung der Auslandsniederlassung mit dem deutschen Stammhaus erhalten werden könnten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Agarwal 1978, S. 126 ff.; aber auch Olle/Schoeller 1977, S. 121. - DW 2.4.1974; NfA 15.12.1976; HB 17.8.1978.

<sup>2</sup> So wurde von gewerkschaftlicher Seite beispielsweise schon vor zehn Jahren argumentiert: "Überdies besteht die Gefahr, daß starker Kapitalexport im Ausland u.U. auch neue Konkurrenzindustrien heranzüchten kann, die schwache Inlandsbranchen mit all ihren sozialen Schwierigkeiten für die Arbeitnehmer weiter schädigen" (Seitenzahl 1969, S. 350).

<sup>3</sup> Zu Schätzungen der heimischen Beschäftigungswirkungen von Importen (vor allem aus Entwicklungsländern) vgl. Dicke u.a. 1976; Wolter 1977; Hiemenz/Schatz 1977; Blackhurst u.a. 1978.

21. Zudem ist zu berücksichtigen, daß im Zuge von Verlagerungsinvestitionen "exportierte" Arbeitsplätze gelegentlich gar keine "deutschen" Arbeitsplätze sind<sup>1</sup>: Dank der in den sechziger Jahren liberalen Gastarbeiterpolitik der Bundesregierung konnten Unternehmen den ökonomischen Zwang zur Standortinnovation dadurch mildern, daß sie Gastarbeiter auf Arbeitsplätzen einsetzten, die deutsche Arbeitnehmer, sei es aus Gründen der Entlohnung, sei es wegen Überqualifikation oder sei es wegen der physischen Arbeitsbedingungen, nicht mehr nachfragten. Wenn nun solche Arbeitsplätze "exportiert" werden, tangiert dies die von deutschen Arbeitnehmern nachgefragten Beschäftigungsmöglichkeiten - abgesehen von Linkage-Effekten - nur insofern, als deutsche Arbeitnehmer im Zuge der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage auch wieder auf solche Arbeitsplätze auszuweichen bereit sind. Wie die Erfahrung zeigt, ist es zwar in einigen Bereichen zu einer derartigen Umschichtung gekommen; für eine Reihe von bislang von Gastarbeitern besetzten Arbeitsplätze finden sich aber trotz Arbeitslosigkeit keine deutschen Beschäftigten. Daß diese Arbeitsplätze in der Folge einer nunmehr restriktiveren Gastarbeiterpolitik gelegentlich auch nicht mehr mit ausländischen Arbeitnehmern besetzt werden können, kann dazu ermuntern, Kapital und Arbeitsplätze in diejenigen Länder zu transferieren, in denen diese Arbeitsplätze von Qualifikations- und Lohnniveau her nachgefragt werden. Mit anderen Worten: Deutsche Verlagerungsinvestitionen können einen Ersatz für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften darstellen<sup>2</sup>. Statt Arbeitskräften würden dann Produkte importiert, die von ausländischen Arbeitskräften in ihrem Heimatland in Verbindung mit deutschem Kapital hergestellt werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Klaiber/Leckscheidt 1976, S. 368.

<sup>2</sup> Vgl. Hiemenz/Schatz 1977 (sowie die dort zitierte einschlägige Literatur) sowie Burguignon u.a. 1977.



III. Zu den Forderungen im Rahmen der beschäftigungspolitisch motivierten Kritik an Auslandsinvestitionen

22. Da nach unserem Dafürhalten die These, Auslandsinvestitionen führten zu einem Export von Arbeitsplätzen, bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise auf schwachem Fundament steht, mag die im folgenden durchgeführte Beurteilung der aus dieser These abgeleiteten wirtschaftspolitischen Forderungen als überflüssige l'art pour l'art abgetan werden. Andererseits wird an diesen Forderungen recht deutlich, von welchen Wertvorstellungen und Interessenlagen sich die Anhänger dieser These leiten lassen.

Wir unterscheiden dabei zwischen Forderungen an die Bundesregierung, an die im Ausland investierenden Unternehmen und an die Regierungen potentieller Bestimmungsländer dieser Investitionen, namentlich der Entwicklungsländer.

23. Forderungen an die Bundesregierung: Es gehört zum politischen Spiel in demokratischen Gesellschaften, daß die von einem äußeren Druck betroffenen Wirtschaftssubjekte versuchen, den Staat zu Gegenmaßnahmen zu bewegen und auf diese Weise den ihnen abverlangten Anpassungszwang auf die gesamte Gesellschaft abzuwälzen. Stammt der Druck von einer kräftig zunehmenden Importkonkurrenz, so versuchen die betroffenen Arbeitnehmer und Unternehmen häufig, über ihre Interessenvertreter staatliche Hilfen zu erlangen, um so ihren bisherigen ökonomischen "Besitzstand" festzuschreiben und den Zwang zum (zwar außenwirtschaftlich bedingten, aber dennoch wachstumsnotwendigen) Strukturwandel aufzuheben. Zu diesen Hilfen gehören Maßnahmen der direkten Importprotektion<sup>1</sup>, der Produktionssubventionierung sowie der Exportförderung. Hierbei kommt es gelegentlich zu Allianzen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen<sup>2</sup>. In Perioden einer anhaltend hohen Arbeits-

---

<sup>1</sup> Als solche ist auch die von Buschmann (1978, S. 362) unterstützte Forderung nach einer "Sozialsteuer" auf Importwaren aus Entwicklungsländern zu interpretieren, auch wenn die Steuererträge den Entwicklungsländern zugeführt werden sollen.

<sup>2</sup> Vor allem dann, wenn die Unternehmen, die keine Standortinnovationen vornehmen wollen, sich auch zu den standortneutralen Strategien der Prozeß- und/oder Produktinnovation (noch) nicht bereitfinden.

losigkeit, wie sie in der Bundesrepublik seit 1974 besteht, ist das Protektionsbegehren der vom Strukturwandel Betroffenen natürlich besonders intensiv.

24. Dennoch: Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den Anpassungsprozeß auf diese Weise aufheben, stellen, wie wir aus Erfahrung wissen, nur eine scheinbare und gesamtwirtschaftlich ineffiziente Alternative zu einer marktkonformen Anpassung dar, die auf mittlere Sicht eher den Verlust weiterer Arbeitsplätze impliziert als die dauerhafte Sicherung der jeweils bedrohten Arbeitsplätze:

- (a) Die Protektion nicht mehr wettbewerbsfähiger Branchen kann deren außenhandelsbedingten Strukturwandel zwar verlangsamten, aber nicht verhindern, jedenfalls solange man nicht bereit ist, massive gesamtwirtschaftliche - und damit auch individuelle - Wohlfahrts-einbußen in Kauf zu nehmen. Die Beobachtung, daß die in der Bundesrepublik gewährte Protektion strukturschwacher Branchen nicht effektiv ist<sup>1</sup>, zeigt zwar, daß versucht wird, den Anpassungsbedarf der betroffenen Arbeitnehmer und Unternehmen zeitlich zu strecken und damit zu mildern - auch um den Preis gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsverluste; diese Beobachtung zeigt aber gleichzeitig, daß aus ökonomischen Gründen die Verteidigung strukturschwacher Standorte durch protektionsinduzierte heimische Defensivinvestitionen nicht ad infinitum unterstützt

---

<sup>1</sup> Nach Maßgabe einer empirischen Querschnittsuntersuchung (Juhl 1978a, S. 13) ist der von Anbietern aus Nicht-EG-Ländern gehaltene Marktanteil in der Bundesrepublik trotz Protektion der jeweiligen Branchen verbunden. - Vgl. auch Fels 1972.

wird<sup>1</sup>.

(b) Abgesehen davon müßte bei einer Anhebung der Protektionsschwelle wie bei jeder Form der "beggar-my-neighbour-policy" mit Vergeltungsmaßnahmen seitens derjenigen Länder gerechnet werden, mit denen die Bundesrepublik via Importe und Exporte arbeitsteilig verflochten ist. Solche Retorsionsmaßnahmen würden vielleicht nicht die strukturschwachen Branchen der Bundesrepublik treffen (und den in diesen Branchen Betroffenen daher vermutlich weniger relevant erscheinen), dafür aber den Exportspielraum international wettbewerbsfähiger Branchen einengen und auf diese Weise zu einem Verlust von (potentiellen) Arbeitsplätzen führen. Wie bedrohlich es für Produktion und Beschäftigung in der Bundesrepublik selbst wäre, wenn durch heimische wirtschaftspolitische Maßnahmen die ohnehin latente Gefahr eines international zunehmenden Protektionismus gefördert und ein internationaler Protektionswettbewerb heraufbeschworen würde, ist unmittelbar ersichtlich, wenn man bedenkt, in welchem starkem Maße die heimische

---

<sup>1</sup> In diesem Sinn wird von gewerkschaftlicher Seite auch nicht "einem primitiven Protektionismus das Wort geredet, mit dem jede Konkurrenz billiger Importe von der deutschen Industrie abgehalten werden sollte". Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Ineffizienz von nur durch Protektion am Leben erhaltbaren Produktionen hat sich der DGB "für eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel ... ausgesprochen". Dieser Entwicklung kann aber nur zugestimmt werden "unter einer wichtigen Bedingung: Daß das damit verbundene Schrumpfen einzelner Branchen und der Verlust entsprechender Arbeitsplätze bei uns mit Hilfe ... aktiver, steuernder Strukturpolitik durch neue Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen ausgeglichen werden" (Breidenstein 1975, S. 767). Dies verdeckt freilich, daß - solange dieser Ausgleich administrativ nicht gewährleistet ist - ein differenzierter Protektionismus bejaht wird. Dagegen - wohl auch für die Bundesregierung sprechend - Kollatz 1978, S. 52: "Eine vorausschauende und aktive Strukturpolitik ist auch nicht durch protektionistische Tricks zu umgehen, die letztlich nur zu Gegenmaßnahmen führen, die wiederum unsere Exporte treffen ... Außerdem wird dadurch das Problem nicht gelöst, sondern allenfalls in seinen Auswirkungen zunächst verschoben und die auf Dauer unvermeidliche Umstellung der Produktion und Umschulung der Arbeitskräfte durch Zeitgewinn im günstigsten Fall sozial erleichtert. Man muß auch staatliche Subventionen stärker als bisher darauf abklopfen müssen, ob sie bei der Erhaltung unhaltbarer Produktionen verschwendet ... werden ... Ich betone das gerade in diesem Kreis, weil die Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Verwirklichung struktureller Anpassungsmaßnahmen sowohl bei der Interessenvertretung der betroffenen Arbeitnehmer als auch bei der Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Belange eine wichtige Rolle spielen". Vgl. auch FAZ 4.11.1974; NZZ 14./15.5.1978.

Produktion ebenso wie die heimische Beschäftigung direkt und indirekt von der deutschen Exportwirtschaft getragen werden<sup>1</sup>.

25. Forderungen an Auslandsinvestoren: Deutschen Unternehmen, die in Entwicklungsländern investieren, wird gelegentlich der Vorwurf des Lohn- oder Sozialdumping gemacht: Die in ausländischen Niederlassungen in Entwicklungsländern bezahlten (im Vergleich zur Bundesrepublik) niedrigen Löhne stellten eine moderne Form der Ausbeutung von Arbeitskräften dar<sup>2</sup>. Da dies nicht tragbar sei, sollten Arbeitnehmer in Entwicklungsländern den gleichen Lohn wie ihre deutschen "Kollegen" erhalten<sup>3</sup>. Der ökonomische Gehalt dieser Forderung ist fragwürdig, weil das niedrigere Lohnniveau in Entwicklungsländern nichts anderes dokumentiert, als daß dort das Arbeitskräfteangebot elastischer und die Arbeitsproduktivität niedriger ist

---

<sup>1</sup> Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (1978) wurden im Jahre 1977 23,4 vH der industriellen Bruttoproduktion und 20,5 vH der Beschäftigung direkt und unter Berücksichtigung interindustrieller Verflechtungen indirekt durch Exporte induziert.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Buschmann 1978, S. 320.- Siehe auch WdA 5.7.1974. Vetter soll vom "Neokolonialismus deutscher Kapitalisten" gesprochen haben (DW 6.11.1974). Die IG Textil soll die Auffassung vertreten haben, "die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland stelle keine Entwicklungshilfe, sondern eine rücksichtslose Ausbeutung dar" (HB 6.11.1974). Von ihr wird auch die Äußerung zitiert: "Produktionsverlagerung ist unmoralisch" (HB 8./9.11.1974).

<sup>3</sup> Dies wird so deutlich natürlich kaum artikuliert. Ein Vergleich mehrerer Passagen, etwa bei Buschmann (1978, S. 360 f.), zeigt aber recht deutlich, daß dies in der Tat gemeint ist: "Das Problem des Arbeits- und Sozialkostengefalles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wäre natürlich ganz einfach zu lösen: nämlich dadurch, daß wir unser Lohnkostenniveau dem der Entwicklungsländer anpassen. Dann gäbe es z.B. für die Unternehmer in der deutschen Bekleidungsindustrie keinen Grund, hier stillzulegen und nach Hongkong zu flüchten". Der "Vorschlag", die deutschen Lohnkosten an die der Entwicklungsländer anzugleichen, ist freilich rein rhetorischer Natur. In Wahrheit geht es um einen Angleichungsprozeß in umgekehrter Richtung: "Wie könnte und müßte ...eine Politik aussehen, die die Arbeitsplätze in den Industrieländern ... nicht gefährdet und ... in den Entwicklungsländern Arbeitsplätze schafft ... ? ... Indem man nämlich die Menschen in den Entwicklungsländern nicht ausbeutet, sondern angemessene Lohn-, Arbeits- und Sozialbedingungen schafft". Dabei wird der in diesem Zusammenhang vorsichtigerweise benutzte Begriff "angemessen" durch den Begriff "Angleichung" im ersten Zitat inhaltlich definiert.

als bei uns. Das Problem ist infolgedessen nicht, besser dotierte Arbeitsplätze, sondern überhaupt Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu leisten ausländische Unternehmen einen nicht unerheblichen Beitrag, wobei sie häufig höhere Löhne zahlen als die inländischen Konkurrenten<sup>1</sup>. Wollte man die Löhne auf das in Industrieländern herrschende Niveau anheben, so würde dies den ohnehin in zahlreichen Entwicklungsländern gegebenen Trend zu einer bei den vorliegenden Faktorknappheitsproportionen übermäßigen Kapitalintensivierung der Produktion stärken und dadurch die Arbeitslosigkeit dort vergrößern. Vermutlich würden deutsche Unternehmen in diesen Ländern auch weniger investieren, wodurch komplementäre Arbeitskräfte unbeschäftigt blieben und deren Produktivität weniger stiege. Hieraus wird deutlich, welche Interessen hinter dem Vorwurf des Sozialdumping stehen: Um die "internationale Solidarität der Gewerkschaften" geht es allenfalls verbal, de facto wird aber versucht, heimische Beschäftigungsprobleme auf die Erwerbsbevölkerung in Entwicklungsländern abzuwälzen; oder mehr noch, die Erhaltung bestimmter Arbeitsplätze<sup>2</sup> in der Bundesrepublik geht dabei der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern, selbst bei niedrigeren Löhnen, vor.

---

<sup>1</sup> Vgl. ILO 1976a, Agarwal 1976. - Nach den Erkenntnissen des ILO sind in Entwicklungsländern die Löhne in multinationalen Unternehmen meist mehr als 50 vH höher als die Löhne in nationalen Firmen.

<sup>2</sup> Daß es nicht - wie behauptet - um globale, sondern um partielle Beschäftigungseffekte geht, wird meist verschleiert und nur selten so deutlich artikuliert wie bei Breidenstein (1975, S. 764 f.): "Überhaupt geht es nicht um die gesamtwirtschaftliche Bilanz, sondern um die Gefährdung einzelner Branchen ... (Für) einzelne Branchen sind die angedeuteten Konsequenzen einer propagierten internationalen Arbeitsteilung von erstzunehmender, zum Teil alarmierender Bedeutung ...".

26. Forderungen an die Regierungen von Entwicklungsländern: Von Gewerkschaftsseite wird den Entwicklungsländern geraten, ihre Industrialisierung nicht weltmarktorientiert zu betreiben, mehr noch, sie sollten überhaupt "nicht das alleinige Heil in der Industrialisierung suchen, sondern auch im Bereich der Landwirtschaft, des Handwerks und die Infrastruktur besser ausbauen als bisher, denn zunächst sollten die Entwicklungsländer ihre Grundbedürfnisse befriedigen können, bevor z.B. Farbfernsehgeräte produziert werden"<sup>1</sup>. Selbst wenn man unterstellt, daß diese Länder berechnete Erwartungen an eine solche Entwicklungsstrategie knüpfen könnten oder auch nur wollten, so scheint es doch, daß diese Empfehlung aus der kurzsichtigen und die gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen ignorierenden Erwartung resultiert, auf diese Weise den Konkurrenzdruck von Importen aus Entwicklungsländern auf bestimmte deutsche Arbeitsplätze mildern zu können, weil der strukturelle Anpassungsbedarf bei uns die Anpassungsbereitschaft angeblich übersteigt. Würden Entwicklungsländer diesem Rat folgen und ihre Integration in die Weltwirtschaft zurückstellen, so müßten sie auf die Realisierung potentieller Handelsvorteile verzichten und - auf mittlere Sicht - vermutlich eine Verlangsamung ihres Entwicklungsprozesses in Kauf nehmen. In der Bundesrepublik könnten dadurch andere als die jetzt unter Importkonkurrenz stehenden Arbeitsplätze gefährdet werden, nämlich jene in der Exportindustrie.

---

<sup>1</sup> Buschmann 1977, S. 2; ähnlich: ders. 1978, S. 355 f. - Noch weiter geht die Empfehlung einer Abkoppelung der Entwicklungsländer von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (akademisch diskutiert unter dem Begriff "Dissoziation"), die von gewerkschaftlicher Seite bislang kaum vertreten wird. Eine Ausnahme ist jedoch Breidenstein (1975, S. 768), der neben die DGB-Forderung nach einer verstärkten Eingliederung der Entwicklungsländer in den Welthandel gleichzeitig die Empfehlung zu stellen vermag, diese Länder sollten sich am besten von dem "krisengeplagten Welthandel" abkoppeln.

#### IV. Resümee

27. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die in der These, Auslandsinvestitionen würden deutsche Arbeitsplätze vernichten, zum Ausdruck kommenden Befürchtungen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unbegründet sind. Es scheint, daß die Anhänger dieser These weniger die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte im Auge haben als die Verteidigung bestimmter Arbeitsplätze, auch solcher, die hier obsolet sind oder von deutschen Arbeitnehmern gar nicht nachgefragt werden. Diese aus Partikularinteressen und partiellen Diagnosen resultierenden Forderungen, durch gezielte Maßnahmen die private Kapitalausfuhr in Grenzen zu halten, wären vom Ergebnis her gesehen gesamtwirtschaftlich ineffizient und sie würden vermutlich mit negativen Beschäftigungswirkungen erkauf<sup>1</sup>t werden, wie sie in Zusammenhang mit marktkonformen Auslandsinvestitionen nicht einzutreten brauchen.

---

<sup>1</sup> Jedenfalls solange, wie Reallöhne nach unten nicht flexibel sind.

ANHANG 1: Statistische Bereinigung der kumulierten  
Kapitalimportwerte

Bei dem üblichen Verfahren, Kapitalexporte und -importe gegeneinander zu saldieren, wird häufig übersehen, daß sich in den amtlichen Statistiken Kapitalexporte bereits seit 1952 kumulieren, Kapitalimporte hingegen erst seit dem 1. September 1961. Investitionen durch Ausländer wurden in der Bundesrepublik aber bereits vor diesem Datum vorgenommen; jedenfalls beliefen sich die Ertragsausschüttungen auf ausländische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik bereits 1960 und 1961 jeweils auf zwischen 1 bis 1,5 Mrd. DM. Wir haben deshalb versucht, den tatsächlichen Bestand ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik für das Jahr 1961 zu schätzen. Unter der Annahme, daß im Durchschnitt einer Periode von wenigen Jahren die marginale und durchschnittliche Gewinnrate ungefähr gleich hoch sind, und unter der Annahme, daß das Verhältnis zwischen erzielten und ausgeschütteten Gewinnen über mehrere Jahre hinweg stabil ist<sup>1</sup>, könnte der geschätzte Bestand von Auslandsinvestitionen im Inland 1961 ( $K_{d1961}$ ) folgen-

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Lintner 1956, sowie, mit ausführlichem Literaturnachweis, Juhl 1974.



dermaßen ermittelt werden:

$$K_{d1961} = \frac{\sum_{i=1960}^{1962} E_i}{\sum_{i=1962}^{1964} E_i - \frac{1}{3} \sum_{i=1960}^{1962} E_i} \cdot \sum_{i=1962} \Delta K_i$$

Alternativ dazu böte sich die Berechnung mittels einer längeren Referenzperiode an:

$$K_{d1961} = 3 \cdot \frac{\sum_{i=1960}^{1962} E_i}{\sum_{i=1962}^{1970} E_i - \frac{1}{3} \sum_{i=1960}^{1962} E_i} \cdot \sum_{i=1962} \Delta K_i$$

mit  $E_i$  = Ertragsausschüttung im Jahre  $i$

und  $\Delta K_i$  = Bestandsveränderung von Auslandsinvestitionen im Inland im Jahre  $i$

Die erste Alternative ergäbe einen Wert von etwa 12,3 Mrd. DM, die zweite einen Wert von etwa 16,5 Mrd. DM. Da - unter der Voraussetzung einer relativ stabilen Ausschüttungsquote - die marginale Gewinnrate auf Auslandsinvestitionen im Inland zurückgegangen zu sein scheint (die marginale Ausschüttungsrate ( $\Delta E/\Delta K$ ) betrug im Durchschnitt 1962-1966 etwa 10 vH und im Durchschnitt 1966-1970 um 6,5 vH), empfiehlt es sich, als Rechengröße für  $K_{d1961}$  einen Wert zu wählen, der eher bei 12,3 Mrd. DM als bei 16,5 Mrd. DM liegt. Den Daten in Tabelle 1 (Version B) ist der willkürlich gewählte Wert von  $K_{d1961} = 13,5$  Mrd. DM zugrundegelegt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Nach alternativen Berechnungen der Commerzbank betrug der Saldo zugunsten ausländischer Kapitalanlagen in der Bundesrepublik Mitte 1976 etwa 11 Mrd. DM (nach Maßgabe der Zahlungsbilanzstatistik) bzw. 10,7 Mrd. DM (nach Maßgabe der Berechnungen der Bundesbank betreffend den internationalen Vermögensstatus der Bundesrepublik; dieser Wert schrumpfte Mitte 1977 auf 8,2 Mrd. DM). Die Commerzbank hält diese Werte aber für noch zu niedrig, da sie die hinreichende Berücksichtigung ausländischen Vorkriegs-Vermögens bezweifelt. Vgl. Commerzbank 1976, 1977a, 1977b, 1977c, 1978.

ANHANG 2: Methode zur Abschätzung (fiktiver) direkter Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen

Unter den in Ziffer 6 spezifizierten Annahmen sind die (fiktiven) direkten Beschäftigungseffekte wie folgt errechnet:

$$FBE_i = \frac{I_i}{SKI_i}$$

Da  $SKI_i = SK_i/N_i$

folgt  $FBE_i = \frac{I_i}{SK_i} \cdot N_i$

- mit  $FBE_i$  = (Fiktiver) direkter Beschäftigungseffekt
- $SKI_i$  = Sachkapitalintensität
- $SK_i$  = Bruttoanlagevermögen
- $N_i$  = Beschäftigte
- $I_i$  = Bestand deutscher Investitionen im Ausland  
bzw. Bestand ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik in Branche i.

Der (fiktive) direkte Beschäftigungseffekt ergibt sich somit aus der Multiplikation der Beschäftigtenzahl einer Branche mit der Quote des Bestands der deutschen Direktinvestitionen im Ausland beziehungsweise alternativ des Bestands ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik bezogen auf das heimische Bruttoanlagevermögen dieser Branche.

Literaturverzeichnis

A. Monographien, Aufsätze etc.

AGARWAL, Jamuna P. u.a. (1975)

Übertragung von Technologien an Entwicklungsländer  
Kieler Studien Nr. 132, Tübingen 1975.

ders. (1976)

Factor Proportions in Foreign and Domestic Firms in  
Indian Manufacturing  
"Economic Journal", Vol. 86 (1976), S. 589-594.

ders. (1978)

Zur Struktur der westdeutschen Direktinvestitionen in  
Entwicklungsländern - Einfluß von Außenhandelsverflechtung  
und relativen Lohnkosten  
"Die Weltwirtschaft" 1978, H. 1, S. 114-132.

ASHOFF, Guido und WEISS, Dieter (1978)

Binnenwirtschaftliche Wirkungen der deutschen Entwicklungspolitik  
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2 Bände, Berlin, Febr. 1978

BAUMANN, Haro (1977)

Direktinvestitionen der Industrie im Ausland - Ausmaß, Anlageformen,  
Motive und Auswirkungen  
"ifo-schnelldienst", 30. Jg. (1977), Nr. 3, S. 5-9.

ders. u.a. (1977)

Außenhandel, Direktinvestitionen und Industriestruktur der  
deutschen Wirtschaft. Eine Untersuchung ihrer Entwicklung  
unter Berücksichtigung der Wechselkursänderungen  
Berlin 1977.

BERGMANN, Christel und GRUNDMANN, Helge E. (1978)

Arbeitsplatzsicherung durch Entwicklungshilfe-Kredite und  
Exporte in Entwicklungsländer  
Ms., Prognos AG, Basel, April 1978, 132 S.

BHF-Bank (1978)

Auslandsinvestitionen: Beschäftigungsstütze  
"Wirtschaftsdienst", BHF-Bank, Nr. 1121 vom 27.5.1978.

BLACKHURST, Richard u.a. (1977)

Adjustment, Trade and Growth in Developed and Developing Countries  
Ms., Advance Text of GATT Studies in International Trade  
No. 6, Genf, September 1978, 117 S.

BOURGUIGNON, François u.a. (1977)

International Labour Migrations and Economic Choices.  
The European Case.  
OECD, Paris 1977.

BREIDENSTEIN, Gerhard (1975)

Führt "internationale Arbeitsteilung" zu struktureller  
Arbeitslosigkeit?

Zur Problematik von Produktionsverlagerungen aus Industrie-  
ländern in Entwicklungsländer

"Gewerkschaftliche Monatshefte", 26. Jg. (1975), S. 760-768.

BUSCHMANN, Karl (1977)

Referat bei der Sozialdemokratischen Fachtagung zur  
Entwicklungspolitik der SPD in Wiesbaden, 1./2.9.1977

Unveröffentlichtes Manuskript, 10.S.

ders. (1978)

Probleme der internationalen Arbeitsteilung in der Textil-  
und Bekleidungsindustrie

"Gewerkschaftliche Monatshefte", 29. Jg. (1978), S. 355-367.

CLAUSS, Dieter (1978)

Auslandsinvestitionen

"Wirtschaftspolitische Nachrichten", Hoechst AG,  
Frankfurt, Nr. 23, 26.6.1978.

COMMERZBANK (1976)

Bericht der Abteilung Volkswirtschaft  
V58 vom 27.12.1976.

dies. (1977a)

Bericht der Abteilung Volkswirtschaft  
V63 vom 23.05.1977.

dies. (1977b)

Bericht der Abteilung Volkswirtschaft  
V67 vom 31.10.1977.

dies. (1977c)

Bericht der Abteilung Volkswirtschaft  
V68 vom 10.11.1977.

dies. (1978)

Bericht der Abteilung Volkswirtschaft  
V85 vom 14.06.1978.

DEUTSCHE BUNDESBANK (1978a)

Geschäftsbericht für das Jahr 1977  
Frankfurt a.M. 1978.

dies. (1978a)

Umschwung in der Bilanz der Direktinvestitionen  
"Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 30. Jg. (1978),  
H. 10, S. 31-36.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1978)

Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung  
in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1977

"DIW-Wochenbericht" 42/78 vom 19.10.1978.

DICKE, Hugo u.a. (1976)

Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung  
zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern  
Kieler Studien Nr. 137, Tübingen 1976.

DONGES, Juergen B. und MÜLLER-OHLSSEN, Lotte

Außenwirtschaftsstrategien und Industrialisierung  
Kieler Studien Nr. 157, Tübingen 1978.

FELS, Gerhard (1972)

The Choice of Industry Mix in the Division of Labour  
between Developed and Developing Countries.

"Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 108 (1972), S. 71-121.

ders. (1976)

Der Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb  
In: Weltwirtschaft im Übergang. Beiträge zu einer Vortrags-  
veranstaltung des Instituts für Weltwirtschaft  
Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 45, Kiel, Januar 1976, S. 9-13.

FRÖBEL, Folker u.a. (1974)

Internationalisierung von Kapital und Arbeitskraft

In: O. Kreye (ed.), Multinationale Konzerne, München 1974,  
S. 236-270.

ders. u.a. (1977)

Die neue internationale Arbeitsteilung.  
Reinbek 1977.

GRAMANN, E.A. (1974)

Lassen sich Arbeitsplätze verlagern?

"Mitteilungen der Südosteuropa-Gesellschaft", 14. Jg. (1974),  
Nr. 3/4, S. 32-37.

HALBACH, Axel J. (1976a)

Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern unter  
besonderer Berücksichtigung der industriellen Verlagerung.  
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung bei der deutschen  
Industrie.

München, o.J. (1976).

ders. (1976b)

Produktionsverlagerungen in Entwicklungsländer.

Zum Ergebnis einer ifo-Umfrage

"ifo-schnelldienst", 29. Jg. (1976), Nr. 35, S. 16-25.

HIEMENZ, Ulrich und SCHATZ, Klaus-Werner (1977)

Internationale Arbeitsteilung als Alternative zur

Ausländerbeschäftigung - Der Fall der Bundesrepublik Deutschland  
"Die Weltwirtschaft" 1977, H. 1, S. 35-58.

HOCHGREVE, Horst (1977)

Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit

"Die Neue Gesellschaft", 24. Jg. (1977), S. 318-320

HÖLZEL, Manfred (1969)

Keine Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland.

"Gewerkschaftliche Monatshefte", 20. Jg. (1969), S. 354-356.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (1978)

Direktinvestitionen - Die Job-Stütze

In: "Informationsdienst", 19.1.1978.

INTERNATIONAL LABOUR OFFICE (1976a)

Wages and Working Conditions in

Multinational Enterprises

Genf 1976.

ders. (1976b)

The Impact of Multinational Enterprises on Employment  
and Training

Genf 1976.

JUHL, Paulgeorg (1974)

Dividendenpolitik unter dem Aspekt optimalen Wachstums

Unveröffentlichtes Manuskript, Nürnberg 1974, XX + 124 S.

ders. (1978a)

Firm Size, Factor Intensities, Protection and the Sectoral Patterns  
of West German Manufacturing Investment in Less Developed Countries

- Some Cross Section Regression Results

Kiel Working Papers No. 73, Institut für Weltwirtschaft, Kiel,

June 1978, 17 pp.

ders. (1978b)

Inefficiencies in International Capital Allocation:

Unemployment, Capital Shortage and Direct Investment -

A. Case Study of West German Investment Abroad

In: H. Giersch (ed.), Capital Shortage and Unemployment in  
the World Economy, Tübingen 1978, pp. 299-328.

JUNGNICKEL, Rolf u.a. (1977)

Einfluß multinationaler Unternehmen auf Außenwirtschaft

und Branchenstruktur der Bundesrepublik Deutschland

Hamburg 1977.

KEBSCHULL, Dietrich (1976)

Die Wirkungen von Auslandsinvestitionen auf das Beschäftigungs-  
niveau

In: IG Metall (Hrsg.), Protokoll der Tagung 'Krise und Reform in  
der Industriegesellschaft', Bd. II, Frankfurt 1976, S. 243-255.

KIERA, Hans-Georg (1974)

Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik durch  
Direktinvestitionen

"Mitteilungen", Rheinisch-Westfälisches Institut für  
Wirtschaftsforschung, 25. Jg. (1974), S. 147-170.

ders. (1976)

Die Wirkungen deutscher Direktinvestitionen auf den  
deutschen Außenhandel

"Mitteilungen", Rheinisch-Westfälisches Institut für  
Wirtschaftsforschung, 27. Jg. (1976), S. 195-216.

ders. (1977a)

Auslandsinvestitionen, Außenhandel und Arbeitsplätze  
"Die Neue Gesellschaft", 24. Jg. (1977), S. 138-141.

ders. (1977b)

Neue Tendenzen in der internationalen Kapitalverflechtung  
der Bundesrepublik  
"Mitteilungen", Rheinisch-Westfälisches Institut für  
Wirtschaftsforschung, 28. Jg. (1977), S. 137-154.

ders. (1978)

Auslandsinvestitionen: Keine Kapitalflucht  
"Die Neue Gesellschaft", 25. Jg. (1978), S. 123-125.

KLAIBER, Wolfgang und LECKSCHEIDT, Joachim (1976)

Strukturanpassung oder Ausverkauf deutscher Arbeitsplätze?  
"Wirtschaftsdienst", 56. Jg. (1976), S. 366-369.

KOLLATZ, Udo (1978)

Beschäftigungswirkungen unserer Zusammenarbeit mit den  
Entwicklungsländern  
"Bulletin", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,  
1978, Nr. 6, S. 48-55.

KRÄGENAU, Henry (1975)

Internationale Direktinvestitionen 1950-1973.  
Vergleichende Untersuchung und statistische Materialien  
Hamburg 1975.

LINTNER, John (1956)

Distribution of Incomes of Corporations Among Dividends,  
Retained Earnings, and Taxes  
"The American Economic Review", Vol. XLVI (1956), S. 97-113.

OLLE, Werner und SCHOELLER, Wolfgang (1977)

Auslandsproduktion und strukturelle Arbeitslosigkeit.  
Zur Entwicklung der westdeutschen Direktinvestitionen  
im Ausland  
"Prokla", 7. Jg. (1977), Nr. 4, S. 101-124.

PIEHL, Ernst (1973)

Multinationale Konzerne und internationale Gewerk-  
schaftsbewegung  
Frankfurt 1973.

PREISER, Erich (1950)

Kapitalexport und Vollbeschäftigung  
"Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 162  
(1950), S. 321-335.

RICHTER, Peter (1978)

Die "neue" internationale Arbeitsteilung und die deutschen  
Direktinvestitionen. Ein Beitrag zur entwicklungspolitischen  
Diskussion  
"Konjunkturpolitik", 24. Jg. (1978), S. 98-122.

SACHVERSTÄNDIGENRAT zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1977)

Jahresbericht 1977/78

Bundestagsdrucksache 8/1221, Bonn, 22.11.1977.

SCHOLZ, Herbert (1972)

Motive einer Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland

"Wirtschaftsdienst", 52. Jg. (1972), S. 196-202.

SEITENZAHL, Rolf (1969)

Zahlungsbilanz, Kapitalexport und Auslandsinvestitionen

"Gewerkschaftliche Monatshefte", 20. Jg. (1969), S. 349-353.

STEINMANN, Horst u.a. (1977)

Internationalisierung von Mittelbetrieben

Eine empirische Untersuchung in Mittelfranken

Wiesbaden 1977.

WOLTER, Frank (1977)

Adjusting to Imports from Developing Countries.

The Evidence from a Human Capital Rich - Natural

Resource Poor Country

In: H. Giersch (ed.), Reshaping the World Economic Order,

Tübingen 1977, S. 97-130.

B. Dokumentation einschlägiger Meldungen, Kommentare etc.  
in deutschsprachigen Zeitungen (Auswahl)<sup>1</sup>

BAYERN-KURIER (BK), München, 23.10.1976, o.V.

Textilindustrie: Zweites Bein im Ausland.

BLICK DURCH DIE WIRTSCHAFT (BddW), Frankfurt, 25.07.1974, o.V.

Die Damenkonfektion wandert aus. Lohnkosten auf 35 Prozent gestiegen.

19.09.1974, o.V., Mehr Investitionen im Ausland - Aber keine  
Verlagerung von Wirtschaftspotential aus der Bundesrepublik

18.10.1974, o.V., Deutsche Direktinvestitionen im Ausland sind  
notwendig. Die Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer  
fordert besseren Schutz.

19.10.1974, o.V., Auslandsinvestitionen fördern die internationale  
Arbeitsteilung. Thesen über Notwendigkeit und Nutzen von Auslands-  
investitionen.

21.10.1974, o.V., Auslandsinvestitionen tragen zum Zahlungsbilanz-  
ausgleich bei. Thesen über Notwendigkeit und Nutzen von Auslands-  
investitionen.

---

<sup>1</sup> Zitierweise: Abkürzung des Titels der Zeitung, Datum der Publikation.



22.10.1974, o.V., Auslandsinvestitionen stellen eine besondere Dispositionskunst dar. Thesen über Notwendigkeit und Nutzen von Auslandsinvestitionen.

21.07.1976, MORICZ, Peter, Arbeitsplätze gehen selten verloren - Was die Auseinandersetzung über die Auslandsinvestitionen übersieht.

22.07.1976, MORICZ, Peter, Arbeitsplätze gehen selten verloren - Was die Auseinandersetzung über Auslandsinvestitionen übersieht.

22.01.1977, ODRICH, Peter und HERZOGENRATH, Rita, Ausländische Elektronik-Unternehmen suchen in der Bundesrepublik ihre Chance - Das schlechte Investitionsklima in der Bundesrepublik war 1976 auch für ausländische Gründer wenig attraktiv.

02.02.1977, o.V., Mehr unternehmerisches Engagement im Ausland. F.H. Ulrich: Keine Verlagerungsinvestitionen, sondern unbedingtes Gebot des Strukturwandels.

14.04.1978, o.V., Hohe Innovationskosten im kleinen Markt. Bayer: Auslandsinvestitionen nötig und keine Gefahr für inländische Arbeitsplätze.

DIE WELT (DW), Hamburg bzw. Bonn, 22.01.1974, o.V., Keine Patentlösung für das Gastarbeiterproblem.

02.04.1974, POSNY, Harald, Die Großen gehen ins Ausland. Schuhhersteller unter dem Druck von Niedrigpreis-Importen.

06.11.1974, o.V., Vetter beschuldigt Unternehmer des Neokolonialismus.

08.02.1975, GOOS, Diethart, Bahr für Verlagerung von Textil-Firmen in die Dritte Welt.

27.03.1976, ADHAM, Inge, US-Firmen zieht es kaum noch in die Bundesrepublik.

07.07.1976, HAMANN, Siegfried, Hohe Lohnkosten - sinkendes Engagement: Für Ausländer ist die Bundesrepublik zu teuer.

29.06.1977, o.V., Hohe Arbeitskosten schrecken Ausländer.

DIE ZEIT (DZ), Hamburg, 07.01.1977, FRENKEL, Rainer, Mit halbem Herzen: Warum Daimler-Benz in immer mehr Ländern Lastwagen produziert.

25.02.1977, KERLIKOWSKY, Horst, Wandern die Arbeitsplätze aus?

21.10.1977, FRENKEL, Rainer, Eine allzu simple Rechnung.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (FAZ), Frankfurt, 05.09.1974, o.V.,

Auch mittelständische Betriebe wollen im Ausland investieren.

Furcht vor weiteren unternehmerischen Belastungen. Eine Untersuchung der Kammern Koblenz und Trier.

16.10.1974, o.V., Auslandsinvestitionen keine Kapitalflucht.

Notwendig zur Rohstoffsicherung und wegen des Lohnkostendrucks.

04.11.1974, o.V., Nicht abkapseln.

14.11.1974, HECK, Heinz, Die verruchten multinationalen Unternehmen.

Zu einer Anhörung im Bundestag.

18.10.1975, FORD II, Henry, Angriff auf Eigentumsrechte unbegreiflich.

Henry Ford warnt vor zu weit gehender Mitbestimmung.

27.02.1976, WIBORG, Klaus, "Marktpflege durch Investitionen" in  
Entwicklungsländern: Kabelmetall ebnet den Exporten durch Auslands-  
werke den Weg - In Brasilien gemeinsam mit Pirelli.

10.03.1977, ODRICH, Peter, Die Angst vor der deutschen Gründlichkeit:

Der Zustrom ausländischer Unternehmen in die Bundesrepublik ist  
merklich abgeebbt.

09.11.1978, KEMPER, Klaus, Ärger und Bürgschaften. Wann ziehen die  
Politiker die Konsequenzen?

HANDELSBLATT (HB), Düsseldorf, 19.07.1972, HUNCK, Joseph Maria,

Böse "Weltkonzerne".

06.05.1974, o.V., Schweizer Kritik an der deutschen Mitbestimmung.

05.09.1974, o.V., Auch kleinere Unternehmen zieht es in das Ausland.

Hauptmotiv: Furcht vor weiteren Belastungen.

20./21.09.1974, o.V., IG Metall will eine Investitionslenkung.

Loderer nimmt Stellung zum VW-Projekt in den USA.

16.10.1974, o.V., Großer Nachholbedarf bei Auslandsinvestitionen.

Produktionsverlagerung kann Arbeitsplätze sichern.

06.11.1974, o.V., Verbot der Kapitalflucht.

8./9.11.1974, PFLEGER-EDEL, Ursula, Ausgleichsabgabe auf den

Kapitalexport. IG Textil findet Betriebsverlagerungen ins Ausland  
"unmoralisch".

29.07.1975, ROCKEFELLER, David, Rockefeller gegen Verteufelung der

Multis: "Die ganze Weltwirtschaft ist bedroht".

7./8.11.1975, o.V., Multinationale Konzerne im schwedischen Fadenkreuz.

Gewerkschaften fordern ein strenges Kontrollsystem.

- 15.04.1976, o.V., Loderer: Freundliches Auge auf US-Projekt.  
Konkrete Garantien für VW-Beschäftigungsstand.
- 24./25.09.1976, o.V., Trügerische Ruhe bei den Systemveränderern.  
Sohl: Verstärkt im Ausland investieren.
- 13.04.1978, o.V., Auslandsinvestitionen müssen noch aufholen.  
DIHT: Engagement jenseits der Grenzen nötig.
- 11.07.1978, HUG, Hans-Joachim, Auslandsinvestitionen provozieren keine  
Arbeitsplatzvernichtung. Allenfalls wettbewerbsunfähige Produktionen  
sind gefährdet.
- 17.08.1978, o.V., Mittelstands-Unternehmen entdecken Direktinvestitionen.  
Bekleidungsindustrie wahrt ihre Überlebenschancen.
- MITTEILUNGEN FÜR DEN AUSSENHANDEL, Berliner Bank AG, (MfdA), Berlin,  
11./12.11.1976, o.V., Deutsche Auslandsinvestitionen - Alternative  
oder notwendige Ergänzung zum Export?
- NACHRICHTEN FÜR DEN AUSSENHANDEL (NfA), Frankfurt, 15.12.1976, o.V.,  
Verlagerungsinvestitionen in Entwicklungsländern nehmen zu.
- 03.02.1977, o.V., Mehr Verantwortung für die Außenwirtschaft durch  
den Staat. Größere Risikofreudigkeit der Unternehmen genügt nicht.  
Aus dem DIHT-Jahresbericht 1976.
- NEUE ZÜRICHER ZEITUNG (NZZ), Zürich, 05.05.1974, MEYER-MARSILIUS, H.J.,  
Sorge um ausländische Kapitalinvestitionen in der Bundesrepublik.
- 14./15.05.1978, o.V., Lehren aus dem "Fall Pratteln".
- STUTTGARTER ZEITUNG (StZ), Stuttgart, 15.10.1976, o.V.,  
Textilproduktion im Ausland.
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (SZ), München, 29./30.12.1973, FORSTER, Jürgen,  
"Fußkranke" Branchen ins Ausland?
- 04.04.1974, o.V., Auch die Kürschner gehen über die Grenzen.
- 18.02.1976, o.V., Auslandsinvestitionen sichern Arbeitsplätze.
- 16.11.1977, o.V., Ins Ausland der Kosten wegen. Warum immer mehr  
deutsche Firmen jenseits der Grenzen investieren.
- WELT DER ARBEIT (WdA), Köln, 12.11.1971, FRITZE, Walter, Sie gleichen  
den großen Eisbergen. Wachsende Macht der internationalen Konzerne.
- 21.04.1974, o.V., Produktion ins Ausland verlagert.
- 05.07.1974, BRESSER, Klaus, Strategien gegen die Multinationalen.  
Die Gewerkschaften formieren sich zum Kampf gegen die Multis.

05.11.1976, BRIEFS, Ulrich, Großkonzerne - Im Ausland investieren die Deutschen mit stillem Fleiß. Ausgerechnet in der Krise schnellten angelegte Milliarden in die Höhe.

WIRTSCHAFTSWOCHE (WiWo), Frankfurt bzw. Düsseldorf, 22.11.1974, o.V., Deutsche Multis in der Dritten Welt.

30.05.1975, o.V., US-Manager zur Mitbestimmung: "Selbstverständlich dagegen".

18.08.1978, o.V., Auslandsinvestitionen: Geradezu erforderlich.